Die verborgenen Mechanismen des Maidan-Umsturzes: Eine chronologische Analyse

1. Die Vorereignisse: Aufbau von Proteststrukturen vor dem Euromaidan

Die Wurzeln des als Euromaidan bekannt gewordenen Umsturzes reichen tiefer als die unmittelbaren Proteste im November 2013. Bereits im Frühjahr 2013, Monate vor der Eskalation, formierte sich eine landesweite Protestbewegung unter dem Namen "Ukraine steh auf!" (Вставай, Україно!). Diese ursprünglich auf zwei Monate angelegte Kampagne, die am 18. Mai 2013 in Kiew gipfeln sollte, legte den Grundstein für die späteren Ereignisse. Auffällig war, dass bei diesen frühen Demonstrationen primär ukrainische Nationalflaggen und Parteibanner zu sehen waren, während europäische Symbole fehlten. Dies legt nahe, dass der Fokus zunächst weniger auf der europäischen Integration als vielmehr auf der Mobilisierung gegen die Regierung von Präsident Wiktor Janukowitsch und dem Aufbau organisatorischer Strukturen für zukünftige Proteste lag.

Organisiert wurde "Ukraine steh auf!" von einem Bündnis dreier oppositioneller Parteien:

1. Die Allukrainische Union "Vaterland" (Batkivshchyna), geführt von Arsenij Jazenjuk in Vertretung der inhaftierten Julija Tymoschenko, bildete den Kern der Opposition und zog ihre Unterstützung hauptsächlich aus dem Westen und Zentrum der Ukraine. Jazenjuk zeigte dabei eine starke Nähe zum Westen; seine "Open Ukraine Foundation" wurde von internationalen Partnern wie der NATO und dem German Marshall Fund (GMF) finanziert, was seine pro-westliche Ausrichtung unterstreicht.

2. Die Partei UDAR (Ukrainische Demokratische Allianz für Reform) unter der Leitung des ehemaligen Boxweltmeisters Vitali Klitschko pflegte enge Beziehungen zur deutschen CDU und deren Konrad-Adenauer-Stiftung und vertrat eine pro-europäische Linie.

3. Die dritte Kraft war die Allukrainische Union "Svoboda" (Freiheit) unter Oleh Tjahnybok. Diese Partei, ursprünglich als "Sozial-Nationale Partei der Ukraine" mit klaren Anspielungen auf den Nationalsozialismus gegründet, erlebte 2012 einen signifikanten Aufschwung und zog mit 10 Prozent der Stimmen ins Parlament ein.

Trotz einer Namensänderung zur Mäßigung des extremistischen Images blieb die nationalistische Ausrichtung bestehen.

Zwischen März und Mai 2013 fanden im Rahmen von "Ukraine steh auf!" Proteste in 18 ukrainischen Städten statt. Obwohl die Teilnehmerzahlen meist überschaubar blieben, erreichte die Abschlusskundgebung in Kiew rund 50.000 Menschen. Wichtiger als die unmittelbare politische Wirkung war jedoch die Schaffung von Organisationsstrukturen wie AutoMaidan, Euromaidan (als spätere Bezeichnung), Common Cause und Bratstvo sowie die Formierung von Ordnungsgruppen. Diese Strukturen und Gruppen, einschließlich der später als "heilige Hundertschaften" (Sotniki) bekannten Selbstverteidigungskräfte, spielten eine zentrale Rolle bei der Organisation und Durchführung der Euromaidan-Proteste.

Ein Großteil der Freiwilligen für diese Selbstverteidigungseinheiten rekrutierte sich aus nationalistischen und neofaschistischen Kreisen. Andriy Parubiy, später als "Kommandeur des Maidan" bekannt und Mitbegründer der ursprünglichen Sozial-Nationalen Partei zusammen mit Tjahnybok, war eine Schlüsselfigur in diesem Organisationsprozess und gehörte einer der Trägerparteien von "Ukraine steh auf!" an.

2. Die Rolle der EU und die gezielte Herbeiführung des Scheiterns des Assoziierungsabkommens

Die Entscheidung der ukrainischen Regierung unter Präsident Wiktor Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen mit der EU im November 2013 nicht zu unterzeichnen, wurde in westlichen Medien oft als "Abkehr von Europa" und "Hinwendung zu Russland" dargestellt. Eine genauere Betrachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Verhandlungspositionen offenbart jedoch ein weitaus komplexeres Bild, das darauf hindeutet, dass das Scheitern des Abkommens möglicherweise bewusst herbeigeführt wurde.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und das unzureichende EU-Angebot

Entgegen der verbreiteten Darstellung verfolgte Janukowitsch keineswegs einen grundsätzlich anti-europäischen Kurs. Im Gegenteil: Noch im September 2013 verabschiedete seine Regierung ein umfassendes Gesetzespaket, das den Weg für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU ebnen sollte. Diese Gesetze umfassten Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zum Schutz der Menschenrechte – allesamt Forderungen der EU.

Die wirtschaftliche Situation der Ukraine war jedoch äußerst prekär. Das Land stand am Rande des Staatsbankrotts und benötigte dringend finanzielle Unterstützung. Das von der EU angebotene Hilfspaket in Höhe von 610 Millionen Euro war angesichts dieser Herausforderungen völlig unzureichend. Es hätte bei weitem nicht ausgereicht, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden oder die notwendigen wirtschaftlichen Reformen zu finanzieren.

Zudem hätte das Freihandelsabkommen (DCFTA), das Teil des Assoziierungsabkommens war, weitreichende Folgen für die Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine zu Russland gehabt. Die Ukraine war zu diesem Zeitpunkt wirtschaftlich stark mit Russland verflochten, und ein abrupter Bruch dieser Beziehungen hätte katastrophale wirtschaftliche Konsequenzen nach sich gezogen.

Janukowitsch stand also vor einem Dilemma: Entweder ein Abkommen mit der EU unterzeichnen, das kurzfristig zum wirtschaftlichen Kollaps führen könnte, oder die Verhandlungen verschieben, um bessere Bedingungen zu erreichen. Er entschied sich für Letzteres – eine Entscheidung, die aus wirtschaftlicher Sicht durchaus rational war. Die damaligen Bedingungen des Abkommens scheinen so gewählt worden zu sein, dass es für Janukowitsch schwer war, diese zu akzeptieren, ohne die ukrainische Wirtschaft zu destabilisieren. Dies war möglicherweise keine zufällige Verhandlungsposition, sondern Teil einer Strategie, die auf ein gezieltes Ereignis hinarbeitete.

Die plötzliche Großzügigkeit der EU nach dem Umsturz

Bemerkenswert ist, dass kurz nach dem Sturz Janukowitschs im Februar 2014 plötzlich ein EU-Hilfspaket in Höhe von 11 Milliarden Euro für die neue ukrainische Regierung angekündigt wurde – fast das 18-fache des ursprünglichen Angebots. Zudem wurde der wirtschaftliche Teil des Assoziierungsabkommens um ein Jahr verschoben, um der neuen Regierung Zeit zu geben, sich zu stabilisieren.

Diese Zugeständnisse, die Janukowitsch verwehrt geblieben waren, werfen ernsthafte Fragen nach den wahren Motiven der EU-Politik auf. Wenn diese Mittel und Flexibilität bereits vor dem Umsturz zur Verfügung gestanden hätten, hätte Janukowitsch möglicherweise das Abkommen unterzeichnet, und die gesamte Krise hätte vermieden werden können. Die Tatsache, dass diese Großzügigkeit erst nach dem Sturz Janukowitschs zum Vorschein kam und der Putschregierung nur vier Monate später ein Abkommen mit deutlich vorteilhafteren Bedingungen vorgelegt wurde, das Präsident Wiktor Janukowitsch unter anderen Umständen mit hoher Wahrscheinlichkeit unterzeichnet hätte, deutet darauf hin, dass es der EU nicht primär um das Wohl der ukrainischen Bevölkerung ging. Vielmehr erscheint es plausibel, dass das ursprüngliche Abkommen bewusst so unattraktiv gestaltet wurde, dass es Janukowitsch nicht

unterschreiben konnte, um so die Voraussetzungen für einen Regimewechsel und die Ausweitung des eigenen Einflussbereichs zu schaffen.

3. Die Rolle der Medien und ihrer Akteure

Ein entscheidender Aspekt des Maidan-Umsturzes war die strategische Vorbereitung und Nutzung von Medien, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Protestbewegung zu unterstützen. Besonders auffällig ist die zeitliche Koordination bei der Gründung bestimmter Medienplattformen kurz vor Beginn der Proteste.

Hromadske TV und die westliche Finanzierung

Hromadske TV, ein Internetsender, wurde im Juni 2013 – mehrere Monate vor Beginn des Euromaidans – von einer Gruppe prominenter ukrainischer Journalisten gegründet. Bemerkenswert ist, dass der Sender seine Übertragungen am 22. November 2013 aufnahm – genau einen Tag nach der Entscheidung der ukrainischen Regierung, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, was die Euromaidan-Proteste auslöste. Dieses präzise Timing deutet auf eine vorausschauende Planung hin, die weit über spontane journalistische Reaktionen hinausgeht.

Die Finanzierung von Hromadske TV kam aus verschiedenen westlichen Quellen, darunter die Internationale Renaissance-Stiftung (Teil des Soros-Netzwerks), die US-Botschaft in der Ukraine, die Niederländische Botschaft in der Ukraine und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Laut dem Finanzbericht des Senders stammten Ende 2013 rund 60% der finanziellen Mittel von den Botschaften der Vereinigten Staaten und der Niederlande in Kiew sowie von der International Renaissance Foundation. In den Folgejahren beteiligte sich auch die Deutsche Botschaft mit erheblichen Summen an der Finanzierung des Senders.

Espreso TV und die Verbindungen zur Opposition

Ein weiterer wichtiger Sender, der als Sprachrohr des Maidan fungierte, war Espreso TV, gegründet am 14. Oktober 2013. Obwohl bis zum 20. November 2013 noch keine Satellitenlizenz erteilt worden war, ging der Sender am 24. November 2013 auf Sendung, um über den Maidan zu berichten. Der Gründer, Mykola Kniazhytskyi, war Abgeordneter der Partei "Batkivshchyna" (Vaterland), die Teil der vereinten Opposition gegen Präsident Janukowitsch war. Bemerkenswert ist auch, dass Kniazhytskyi zuvor Chefredakteur bei TVi war und der Vorgesetzte von Mustafa Najjem, dem Initiator der Maidan-Proteste. Die Generaldirektorin von Espreso TV, Ekaterina Yermolovich, war gleichzeitig Produktionsleiterin des ukrainischen Fernsehsenders TVi, der finanzielle

Unterstützung von internationalen Organisationen und Stiftungen erhielt, darunter die National Endowment for Democracy (NED) und die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS).

Die Doppelrolle von Serhij Ljowotschkin und der Fernsehsender Inter

Besonders bemerkenswert ist die Rolle des Fernsehsenders Inter, an dem Serhij Ljowotschkin, der Stabschef von Präsident Janukowitsch, beteiligt war. Am 30. November 2013 ereignete sich ein entscheidender Wendepunkt: Die Berkut-Spezialpolizei ging mit brutaler Gewalt gegen friedliche Demonstranten auf dem Maidan vor. Dieser Gewaltakt, der international verurteilt wurde, führte zu einer massiven Ausweitung der Proteste.

Was in westlichen Medien kaum Beachtung fand: Ljowotschkin reichte unmittelbar nach diesem Vorfall seinen Rücktritt ein – ein Rücktritt, den Janukowitsch jedoch ablehnte. Die Medienaufsichtsbehörde Telekritika berichtete, dass eine Live-Sendung mit Oppositionsführern, die in der Nacht des 29. November plötzlich unterbrochen worden war, nach der persönlichen Intervention Ljowotschkins erneuert und wieder auf Sendung gebracht wurde.

Inter war einer der einflussreichsten Fernsehsender der Ukraine und erreichte ein Millionenpublikum. Die Tatsache, dass dieser Sender, der teilweise einem hochrangigen Regierungsmitglied gehörte, plötzlich kritisch über die Regierung berichtete und die Proteste unterstützte, ist ein weiterer Hinweis auf die komplexen Hintergründe des Maidan-Umsturzes. Die Berichterstattung von Inter trug wesentlich zur Mobilisierung weiterer Demonstranten bei und half, die öffentliche Meinung gegen Janukowitsch zu wenden.

Diese Umstände werfen Fragen auf: Warum sorgte Ljowotschkin, der mutmaßlich den Befehl für den Polizeieinsatz gegeben hatte, gleichzeitig dafür, dass dieser Einsatz gefilmt und im Fernsehen übertragen wurde? Normalerweise würde jemand, der einen solchen Befehl gibt, nicht daran interessiert sein, dass die Bilder der Gewalt verbreitet werden. Eine mögliche Erklärung ist, dass Ljowotschkin, der Verbindungen zu westlichen Akteuren hatte (unter anderem zu Paul Manafort, einem amerikanischen Politikberater), bewusst eine Eskalation der Situation herbeiführen wollte, um Janukowitsch zu schwächen oder zu stürzen.

Mustafa Najjem und die Verbindungen zu westlichen Netzwerken

Eine Schlüsselfigur bei der Initiierung der Maidan-Proteste war der Journalist Mustafa Najjem, der am 21. November 2013 über soziale Medien zu den ersten Demonstrationen aufrief. Najjem war zu dieser Zeit Teilnehmer von Bertelsmanns Intajour, einem Programm unter der Schirmherrschaft von José Manuel Barroso, dem Präsidenten der

EU-Kommission. Das Programm konzentrierte sich auf soziale Netzwerke, die auch für die Maidan-Bewegung entscheidend waren. Ein Gruppenfoto der Intajour-Teilnehmer, auf dem Najjem klar erkennbar ist, wurde am 17. September 2013 bei Bertelsmann in Gütersloh aufgenommen.

Am 12. Juni 2014 erhielt Najjem den Gerd Bucerius-Förderpreis Freie Presse Osteuropas 2014 von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, dotiert mit 10.000 Euro. Zudem erhielt er ein Stipendium für das Draper Hills Summer Fellows-Programm an der Stanford University.

Die systematische Vernetzung in westlichen Elitenetzwerken

Eine besonders aufschlussreiche, aber in westlichen Medien kaum beachtete Dimension des Maidan-Umsturzes ist die systematische Vernetzung ukrainischer Schlüsselfiguren in westlichen, insbesondere US-amerikanischen Elitenetzwerken. Das Draper Hills Summer Fellows Program am Center on Democracy, Development, and the Rule of Law (CDDRL) der Stanford University ist ein elitäres Programm, das jährlich etwa 25-30 Personen aus der ganzen Welt auswählt, die als "aufstrebende demokratische Führungspersönlichkeiten" bezeichnet werden. Dabei handelt es sich jedoch nicht um etablierte Führungskräfte, sondern gezielt um Aktivisten, Journalisten, Blogger, NGO-Mitarbeiter und andere Meinungsbildner aus Ländern, die nicht der westlichen Politiklinie entsprechen.

Bemerkenswert ist, dass der Direktor des Freeman Spogli Institute (FSI) an der Stanford University, unter dessen Dach das CDDRL operiert, der ehemalige US-Botschafter in Russland Michael McFaul ist – eine Schlüsselfigur in der US-amerikanischen Russland- und Osteuropapolitik. Er wurde zwei Wochen nach seinem Amtsantritt dabei gefilmt, wie er Oppositionelle in die Botschaft einlud.

Besonders aufschlussreich ist die zeitlich versetzte, aber koordiniert wirkende Teilnahme zweier zentraler Figuren des Maidan an diesem Eliteprogramm:

1. Serhij Leschtschenko war Teilnehmer der Draper Hills Summer Fellows Class von 2013 – also unmittelbar vor den Maidan-Protesten. Als investigativer Journalist bei der einflussreichen Onlinezeitung "Ukrajinska Prawda" spielte er eine wichtige Rolle bei der medialen Delegitimierung der Janukowitsch-Regierung.

2. Mustafa Najjem folgte ihm als Teilnehmer der Draper Hills Summer Fellows Class von 2014 – unmittelbar nach dem Maidan-Umsturz.

Diese zeitliche Abfolge – Leschtschenko unmittelbar vor den Maidan-Protesten, Najjem unmittelbar danach – deutet auf eine strategische Planung und Koordination hin, die weit über spontane Protestbewegungen hinausgeht. Dies wird noch deutlicher, wenn

man bedenkt, dass Mustafa Najjem eines der Gründungsmitglieder von hromadske.tv war, einem Sender, der seinen Betrieb einen Tag nach seinem Aufruf zum Maidan am 22. November 2013 aufnahm.

4. Der Maidan-Verlauf und die Ablehnung von Angeboten der Regierung

Der Maidan-Protest, der im November 2013 begann, entwickelte sich rasch von einer anfänglichen Demonstration gegen die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens zu einer umfassenden Bewegung gegen die Regierung Janukowitsch. Ein entscheidender Wendepunkt in dieser Entwicklung war die Nacht des 29. November 2013, als die Berkut-Spezialpolizei mit Schlagstöcken, Blendgranaten und Tränengas gegen friedliche Demonstranten auf dem Maidan Nezalezhnosti vorging und die Proteste gewaltsam auflöste. Die Polizei attackierte nicht nur Demonstranten, sondern auch unbeteiligte Zivilisten in der Umgebung des Platzes.

Der Maidan war keineswegs eine homogene Bewegung, sondern setzte sich aus verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Motiven und Zielen zusammen. Die größte Gruppe bestand aus friedlichen Bürgern, die durch Medienberichte mobilisiert wurden und tatsächlich von der Idee einer europäischen Integration der Ukraine überzeugt waren. Daneben gab es Organisationsgruppen, die bereits bei den "Ukraine steh auf!"-Demonstrationen gebildet worden waren und Erfahrung in der Organisation von Protesten hatten. Eine besonders wichtige Rolle spielten nationalistische Gruppen wie der Rechte Sektor und Svoboda, die den militanten Kern der Proteste bildeten und für die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften verantwortlich waren. Diese Gruppen verfolgten nicht primär das Ziel einer europäischen Integration, sondern eine nationalistische Agenda. Schließlich gab es Ordnungsgruppen, die für die Logistik und Sicherheit der Proteste sorgten und die "Selbstverteidigungseinheiten" des Maidan bildeten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der in der westlichen Berichterstattung oft unterschlagen wird, ist die konsequente Ablehnung von Kompromissen und parlamentarischen Lösungen durch die ukrainische Opposition während der Maidan-Proteste. Die chronologische Analyse der Ereignisse zeigt ein klares Muster:

- Am 10. Dezember 2013 lehnten Oppositionsführer Janukowitschs Angebot zu "Rundtischgesprächen" ab und forderten stattdessen den Rücktritt der Regierung und die Freilassung aller festgenommenen Demonstranten.
- Am 24. Januar 2014 bot Präsident Janukowitsch der Opposition weitreichende Kompromisse an, darunter die Besetzung des Postens des Premierministers durch

Oppositionsführer Arseniy Jatsenjuk und des Vize-Premierministers durch Vitali Klitschko. Beide lehnten dieses Angebot ab.

- Am 25. Januar 2014 lehnte die Opposition ein weiteres Angebot von Janukowitsch ab.
- Am 28. Januar 2014 reichte Premierminister Mykola Azarov seinen Rücktritt ein, um "die Möglichkeit eines politischen Kompromisses zu schaffen". Die Opposition bestand jedoch weiterhin auf einer Amnestie für alle Demonstranten und einer Rückkehr zur Verfassung von 2004.
- Am 29. Januar 2014 hob das Parlament in einer Sondersitzung die meisten der am 16. Januar verabschiedeten Anti-Protest-Gesetze auf. Präsident Janukowitsch unterzeichnete das Gesetz zur Aufhebung. Dennoch setzte die Opposition die Proteste fort.

Diese konsequente Ablehnung von Kompromissen durch die Opposition deutet darauf hin, dass das Ziel nicht eine demokratische Lösung der Krise, sondern der vollständige Sturz der Regierung war – ein Ziel, das mit den geopolitischen Interessen westlicher Akteure übereinstimmte.

5. Die Sabotage des Abkommens durch die Scharfschützen-Eskalation

Ein entscheidender Wendepunkt der Maidan-Proteste waren die tödlichen Schüsse am 20. Februar 2014, bei denen zahlreiche Demonstranten und einige Polizisten getötet wurden. Diese Ereignisse, oft als "Blutiger Donnerstag" bezeichnet, führten direkt zum Zusammenbruch der Regierung Janukowitsch und zur Sabotage des kurz darauf ausgehandelten Abkommens zwischen Regierung und Opposition.

Die offizielle Darstellung, die von westlichen Medien und der post-Maidan-Regierung verbreitet wurde, macht die Berkut-Polizei und letztlich Präsident Janukowitsch für die Todesfälle verantwortlich. Eine genauere Betrachtung der Fakten zeigt jedoch zahlreiche Widersprüche und Ungereimtheiten, die diese Version in Frage stellen.

In einem abgehörten Telefonat zwischen der damaligen EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und dem estnischen Außenminister Urmas Paet vom 26. Februar 2014 berichtete Paet von einem Gespräch mit der Ärztin Olga Bogomolets, die die Verwundeten behandelt hatte. Laut Paet sagte Bogomolets, dass "alle Beweise darauf hindeuten, dass die Menschen, die von Scharfschützen von beiden Seiten getötet wurden, sowohl unter Polizisten als auch unter den Menschen auf der Straße, dass es dieselben Scharfschützen waren, die Menschen von beiden Seiten getötet haben... sie

kann sagen, es ist dieselbe Handschrift, dieselbe Art von Kugeln". Er fügte hinzu, dass es "jetzt ein immer stärkeres Verständnis gibt, dass hinter den Scharfschützen nicht Janukowitsch steckte, sondern jemand aus der neuen Koalition".

In dem abgehörten Gespräch äußerte Paet zudem, dass es "wirklich beunruhigend ist, dass die neue Koalition nicht untersuchen will, was genau passiert ist". Eine Untersuchung des ukrainischen Innenministeriums unter der neuen Regierung wurde nie abgeschlossen, und wichtige Beweise wurden nicht gesichert oder gingen verloren.

Mehrere unabhängige Untersuchungen kamen zu dem Schluss, dass die Schüsse aus Gebäuden kamen, die von Maidan-Aktivisten kontrolliert wurden, nicht von Regierungstruppen. Die Schusswinkel und Einschusslöcher deuten darauf hin, dass die Schüsse aus Gebäuden abgefeuert wurden, die unter der Kontrolle der Maidan-Aktivisten standen, insbesondere aus dem Hotel Ukraina.

Besonders auffällig ist die zeitliche Abfolge: Die Eskalation der Gewalt und die Scharfschützenmorde ereigneten sich genau zu dem Zeitpunkt, als Janukowitsch zu Kompromissen bereit war und eine politische Lösung in Reichweite schien. Bereits am 19. Februar 2014 wurde in den Medien angedeutet, dass es durch Vermittlung zu einer Einigung kommen könnte. Die Scharfschützenmorde hatten eine entscheidende strategische Bedeutung für den Verlauf der Ereignisse:

1. Sie führten zur sofortigen Delegitimierung Janukowitschs, da ihm die Todesfälle zugeschrieben wurden, was seine Position unhaltbar machte und jede Möglichkeit einer Verhandlungslösung zunichtemachte.

2. Die Empörung über die Todesfälle mobilisierte die ukrainische Öffentlichkeit gegen Janukowitsch und legitimierte radikalere Maßnahmen der Opposition.

3. Die westliche Gemeinschaft verurteilte Janukowitsch scharf und erhöhte den Druck auf ihn, zurückzutreten.

4. Schließlich dienten die Todesfälle als moralische Rechtfertigung für den anschließenden Umsturz, der sonst möglicherweise als illegitimer Putsch angesehen worden wäre.

Die Tatsache, dass eine gründliche und unabhängige Untersuchung dieser Ereignisse bis heute verhindert wurde, wirft ernsthafte Fragen zur offiziellen Darstellung auf und deutet auf eine mögliche False-Flag-Operation hin, die darauf abzielte, Janukowitsch zu eliminieren und den Weg für eine pro-westliche Regierung zu ebnen.

Am 21. Februar 2014, einen Tag nach den Scharfschützenmorden, wurde ein Abkommen zwischen Präsident Janukowitsch und den Oppositionsführern unter Vermittlung der Außenminister Deutschlands (Frank-Walter Steinmeier), Frankreichs (Laurent Fabius)

und Polens (Radosław Sikorski) geschlossen. Entgegen der Behauptung, dass das Abkommen spontan als Reaktion auf die Gewalt am 20. Februar entstanden sei, zeigen Medienberichte und diplomatische Quellen, dass die Grundzüge des Abkommens bereits Tage zuvor diskutiert wurden.

Das am 21. Februar 2014 unterzeichnete Abkommen sah folgende Punkte vor:

- Eine Rückkehr zur Verfassung von 2004, die die Macht des Präsidenten einschränkte
- Die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit
- Vorgezogene Präsidentschaftswahlen bis spätestens Dezember 2014
- Eine Untersuchung der Gewalt unter gemeinsamer Aufsicht von Regierung, Opposition und Europarat
- Die Räumung besetzter Gebäude und Straßen

Bemerkenswert ist, dass dieses von EU-Vertretern vermittelte Abkommen innerhalb von Stunden gebrochen wurde: Radikale Demonstranten auf dem Maidan, angeführt von Dmytro Yarosh und dem Rechten Sektor, lehnten das Abkommen sofort ab und forderten den sofortigen Rücktritt von Janukowitsch. Noch am selben Abend verließ Janukowitsch Kiew in Richtung Charkiw, nachdem Sicherheitskräfte das Regierungsviertel verlassen hatten und bewaffnete Gruppen Regierungsgebäude besetzten. Am 22. Februar stimmte das ukrainische Parlament mit 328 von 447 Stimmen für die Absetzung von Präsident Janukowitsch und setzte Neuwahlen für den 25. Mai 2014 an – ein Verfahren, das nicht der ukrainischen Verfassung entsprach, die ein Amtsenthebungsverfahren vorsah. Die EU-Vermittler, die das Abkommen mit ausgehandelt hatten, unternahmen nichts, um seine Einhaltung zu gewährleisten. Stattdessen erkannten die EU und ihre Mitgliedstaaten schnell die neue Regierung an.

Diese Vorgehensweise wirft Fragen zur Rechtsstaatlichkeit und zum Demokratieverständnis der EU auf und deutet darauf hin, dass das Abkommen möglicherweise nur als taktisches Manöver diente, um Zeit zu gewinnen und den bereits geplanten Machtwechsel zu vollziehen. Die Scharfschützenmorde und die daraus resultierende Eskalation waren somit entscheidend für die Sabotage des Abkommens und die Durchsetzung eines vollständigen Regimewechsels anstelle einer demokratischen Lösung der Krise.

6. Die Angst vor demokratischen Neuwahlen

Ein entscheidender, aber oft übersehener Aspekt des Maidan-Umsturzes ist die Tatsache, dass Janukowitsch bei demokratischen Neuwahlen gute Chancen auf einen Sieg gehabt hätte. Dies erklärt, warum die Opposition und ihre westlichen Unterstützer einen gewaltsamen Umsturz einer demokratischen Lösung vorzogen.

Die Präsidentschaftswahlen 2010, bei denen Janukowitsch demokratisch gewählt wurde, zeigten eine klare regionale Spaltung der Ukraine: Janukowitsch gewann mit überwältigender Mehrheit in der Ostukraine, der Südukraine und auf der Krim, während die Opposition ihre Hochburgen in der Westukraine und Zentralukraine hatte. Entscheidend für Janukowitschs Sieg war die industrielle Ostukraine mit ihrer hohen Wahlbeteiligung. Diese Regionen waren wirtschaftlich eng mit Russland verflochten und standen einem EU-Assoziierungsabkommen skeptisch gegenüber.

Der Maidan repräsentierte keineswegs die gesamte ukrainische Bevölkerung, sondern war geografisch und sozial stark eingeschränkt. Die Proteste konzentrierten sich hauptsächlich auf Kiew und die Westukraine und wurden überwiegend von der Mittelschicht und Studenten getragen. Industriearbeiter, die Bevölkerung der Ostukraine und Rentner waren deutlich unterrepräsentiert. Diese mangelnde Repräsentativität erklärt, warum die Maidan-Bewegung trotz ihrer medialen Präsenz nicht die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung vertrat.

Die wirtschaftlichen Realitäten der Ukraine, insbesondere der industriellen Ostukraine, hätten bei demokratischen Neuwahlen eine entscheidende Rolle gespielt. Die Ostukraine war das industrielle Zentrum des Landes, mit dem Donetsk Oblast als Zentrum für Kohle, Stahl und Schwerindustrie und dem Luhansk Oblast als Standort für Maschinenbau und chemische Industrie. Etwa 70% der Handelsbeziehungen dieser Regionen bestanden mit Russland und anderen GUS-Staaten, und zahlreiche Arbeitsplätze waren direkt vom russischen Markt abhängig.

Die EU-Annäherung stellte eine erhebliche Bedrohung für diese wirtschaftlichen Strukturen dar: Eine Freihandelszone mit der EU hätte zu einer starken Konkurrenz durch EU-Produkte geführt, die Anpassung an EU-Industriestandards hätte teure Modernisierungen erfordert, die angekündigten Gaspreiserhöhungen um 40-50% hätten die Produktionskosten drastisch erhöht, und nicht-konkurrenzfähige Branchen wären von Massenentlassungen bedroht gewesen.

Bei einer hypothetischen Neuwahl Ende 2014, wie sie im Abkommen vom 21. Februar vorgesehen war, hätte Janukowitsch aus mehreren Gründen gute Chancen auf einen Sieg gehabt:

1. Die Ostukraine hätte eine geschlossene Front gegen das EU-Abkommen aus wirtschaftlichen Gründen gebildet
2. Die bereits 2014 um 50% gestiegenen Gaspreise hätten als direkter Beweis für die Kosten der EU-Annäherung gedient
3. Der BIP-Einbruch um 6,8% in 2014 hätte die sichtbaren Folgen des Kurswechsels demonstriert

4. Der Verlust des 38-Milliarden-USD-Marktes durch russische Sanktionen wäre für die Industrie spürbar gewesen

Diese Faktoren hätten Janukowitsch als "Märtyrer" erscheinen lassen, der zu Recht vor den wirtschaftlichen Folgen einer überstürzten EU-Integration gewarnt hatte.

Wichtig ist auch, dass Janukowitsch zwar für eine EU-Annäherung war, aber gleichzeitig für Neutralität eintrat und nicht in die NATO wollte. Es gab sogar ein Neutralitätsgesetz, das die neue Regierung Ende 2014 rückgängig machte. Diese Position der Neutralität stand im Widerspruch zu den geopolitischen Interessen der NATO und der USA, was ein weiterer Grund für die Präferenz eines Umsturzes anstelle demokratischer Neuwahlen gewesen sein könnte.

7. Die politischen Karrieren der Akteure nach dem Umsturz

Die weitere Karriereentwicklung der Schlüsselfiguren des Maidan-Umsturzes nach der Machtübernahme ist besonders aufschlussreich und zeigt, wie Personen, die in westlichen Elitenetzwerken ausgebildet wurden oder mit rechtsextremen Bewegungen verbunden waren, in Schlüsselpositionen der ukrainischen Politik und Verwaltung aufstiegen.

Mustafa Najjem, der als Initiator der Maidan-Proteste durch seinen Facebook-Aufruf vom 21. November 2013 gilt, machte nach dem Umsturz eine bemerkenswerte politische Karriere. Von 2014 bis 2019 war er Parlamentsabgeordneter im Block Petro Poroshenko und erhielt dabei den prestigeträchtigen Listenplatz 20. Von 2019 bis 2021 diente er als Stellvertretender Generaldirektor von Ukroboronprom, dem staatlichen Rüstungskonzern der Ukraine. Anschließend stieg er zum Stellvertretenden Minister für Infrastruktur auf (2021-2023) und wurde schließlich zum Leiter der Staatlichen Agentur für Wiederaufbau und Infrastrukturentwicklung ernannt (2023-2024).

Serhij Leschtschenko, der als investigativer Journalist bei der einflussreichen Onlinezeitung "Ukrajinska Prawda" eine wichtige Rolle bei der medialen Delegitimierung der Janukowitsch-Regierung spielte und Teilnehmer der Draper Hills Summer Fellows Class von 2013 war, wurde nach dem Maidan ebenfalls Parlamentsabgeordneter und später ein wichtiger Berater in der ukrainischen Politik.

Arsenij Jazenjuk, einer der führenden Oppositionspolitiker während der Maidan-Proteste, wurde unmittelbar nach dem Umsturz zum Ministerpräsidenten ernannt und blieb bis April 2016 im Amt. Seine engen Kontakte zu westlichen Vertretern, insbesondere zur US-Regierung, hatten sich ausgezahlt. In dem berüchtigten abgehörten Telefonat zwischen Victoria Nuland und dem US-Botschafter Geoffrey Pyatt

hatte Nuland bereits vor dem Umsturz Jazenjuk als ihren Favoriten für den Posten des Ministerpräsidenten bezeichnet ("Yats is the guy").

Vitali Klitschko, der von der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte Oppositionsführer, wurde nach dem Umsturz zum Bürgermeister von Kiew gewählt und bekleidet dieses Amt bis heute. Seine Partei UDAR fusionierte später mit dem Block Petro Poroshenko.

Besonders bemerkenswert ist die Integration rechtsextremer Kräfte in staatliche Strukturen nach dem Umsturz. Andriy Parubiy, der "Kommandeur des Maidan" und Mitbegründer der rechtsextremen Sozial-Nationalen Partei der Ukraine, wurde zunächst zum Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates ernannt (27. Februar bis 7. August 2014). In dieser Position startete er die sogenannte "Anti-Terror-Operation" im Donbass und integrierte rechtsextreme paramilitärische Bataillone, dieselben, die er in der Maidan-Bewegung kommandiert hatte, in den Staatsapparat. Später wurde Parubiy zum Parlamentssprecher gewählt, eine der höchsten politischen Positionen im Land.

Andriy Biletsky, Mitbegründer der nationalistischen Bewegung Sozial-Nationale Versammlung und bekannt für seine extrem rechte Ideologie, wurde nach seiner Freilassung aus der Haft am 24. Februar 2014 (einen Tag nach der Entscheidung des ukrainischen Parlaments über die Befreiung politischer Gefangener) zum Parteiführer für Spezialoperationen für den "Rechten Sektor - Ost" ernannt. Am 5. Mai 2014 gründete er in Berdyansk das Asow-Bataillon und wurde dessen erster Kommandeur. Das Bataillon bestand anfangs aus Mitgliedern des Patriot der Ukraine, der SNA, Fußballfans und der AutoMaidan-Bewegung. Später wurde das Asow-Bataillon in die Nationalgarde integriert, was die offizielle Anerkennung und Legitimierung einer rechtsextremen paramilitärischen Gruppe durch den ukrainischen Staat bedeutete.

Diese Karriereverläufe zeigen ein klares Muster: Personen, die in westlichen Elitenetzwerken ausgebildet wurden oder Verbindungen zu diesen hatten, sowie Führungsfiguren rechtsextremer Bewegungen stiegen nach dem Maidan-Umsturz in Schlüsselpositionen der ukrainischen Politik und Sicherheitsstrukturen auf. Dies steht im krassen Widerspruch zur offiziellen Darstellung des Maidan als demokratische Bewegung und wirft Fragen zur Rolle westlicher Akteure bei der Förderung und Unterstützung von Personen auf, die später in der post-Maidan-Ukraine Machtpositionen einnahmen.

Die Integration rechtsextremer Kräfte in staatliche Strukturen, insbesondere in Sicherheits- und Verteidigungsorgane, ist besonders problematisch und steht im Widerspruch zu den demokratischen Werten, die der Maidan angeblich verteidigte. Die Tatsache, dass diese Entwicklung von westlichen Regierungen und Medien weitgehend

ignoriert oder heruntergespielt wurde, deutet auf eine selektive Wahrnehmung und Berichterstattung hin, die geopolitischen Interessen Vorrang vor demokratischen Prinzipien einräumt.

Fazit: Die Notwendigkeit einer ehrlichen Aufarbeitung

Die Ereignisse in der Ukraine von 2013/2014 waren kein spontaner Volksaufstand, sondern das Ergebnis einer komplexen Orchestrierung verschiedener Akteure mit unterschiedlichen Interessen. Die systematische Vorbereitung durch die "Ukraine steh auf!"-Kampagne, die gezielte Herbeiführung des Scheiterns des EU-Assoziierungsabkommens, die strategische Nutzung der Medien, die Doppelrolle von Serhij Ljowotschkin, die Vernetzung ukrainischer Schlüsselfiguren in westlichen Elitenetzwerken, die konsequente Ablehnung von Kompromissen durch die Opposition, die Scharfschützen-Eskalation vom 20. Februar 2014 und die anschließende Integration rechtsextremer Kräfte in staatliche Strukturen – all diese Aspekte deuten auf eine langfristige Strategie zur Beeinflussung der politischen Entwicklung in der Ukraine hin.

Eine ehrliche Aufarbeitung dieser Ereignisse ist unerlässlich, um die gegenwärtige Krise zu verstehen und Wege zu einem dauerhaften Frieden zu finden. Nur wenn alle Seiten und ihre Verantwortung benannt werden, kann ein Dialog auf Augenhöhe stattfinden, der die Interessen aller Bevölkerungsgruppen der Ukraine berücksichtigt. Die einseitige Darstellung des Maidan als demokratische Revolution verschleiert die komplexen Hintergründe und verhindert eine kritische Auseinandersetzung mit den Ereignissen, die zur gegenwärtigen Situation geführt haben.

Die westliche Mittäterschaft bei diesen Ereignissen – sei es durch die finanzielle Unterstützung bestimmter Medien und Organisationen, die Ausbildung von Schlüsselfiguren in Elitenetzwerken oder die diplomatische Unterstützung eines verfassungswidrigen Machtwechsels – muss ebenfalls kritisch hinterfragt werden. Nur so kann ein Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden gefunden werden, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt.